



Foto: imago

Ökonomische Auslese. Durch Studiengebühren wird ein Klassensystem eingeführt.

Interview mit Professor Kurt Bader „Ich halte nichts von Studiengebühren“

Herr Bader, was halten Sie von der Einführung von allgemeinen Studiengebühren?

Nichts.

Warum sollten Studiengebühren verhindert oder abgeschafft werden?

Studiengebühren kann man eigentlich nur im Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen Situation sehen. Angefangen von den Einschränkungen im Gesundheitswesen, über Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, Unternehmenssubventionen und -gewinnen auf der anderen Seite. Das ist im Interesse Weniger und zum Nachteil für alle Anderen.

Tragen Studiengebühren zu einer Verbesserung der Qualität der Hochschulen bei?

Nein, Studiengebühren tragen zu einer Verschlechterung der Qualität bei, weil wir damit ein Klassensystem einführen, durch welches diejenigen, die sich das nicht leisten können und diejenigen, die vielleicht die Kreativsten sind, und diejenigen, die aus sozialen oder materiellen Gründen Schwierigkeiten haben, auf der Strecke bleiben. Das ist eine ökonomische Auslese vorweg.

Wer profitiert von der Einführung von Studiengebühren?

Zunächst einmal der Staat, und dies aus verschiedenen Gründen, weil Studiengebühren nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine ideologische Funktion haben. Auf der einen Seite soll Geld gespart werden, es findet eine Umverteilung statt, und auf der anderen Seite entspricht das natürlich einem

neoliberalen Bild von der Gesellschaft. Das heißt, die öffentliche Hand zieht sich aus gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen raus, und das Ganze wird nett und subjektiv verpackt und auf die Schultern des Einzelnen gelegt. Diejenigen, die bestimmte Möglichkeiten haben, profitieren davon und diejenigen, die diese Möglichkeiten nicht haben, nicht. Das sind in der Regel soziale, materielle Möglichkeiten. Dadurch wird eine individualisierende und konkurrenzorientierte Leistungsorientierung propagiert nach dem Motto, „Nur wenn ich für etwas bezahle, ist es auch etwas wert“. Das ist eine gute Vorbereitung für die spätere berufliche Praxis in einer neoliberalen Gesellschaft. Ganz abgesehen davon, dass das in der Grundschule bereits beginnt. Leistungsdruck in der Grundschule ist die beste Voraussetzung für diese Situation an der Uni.

Manchen angehenden und bereits immatrikulierten StudentInnen wird von den Banken ein Studienkredit angeboten. Ist das eine Möglichkeit Studiengebühren doch eine Sozialverträglichkeit abzugewinnen?

Das ist keine Sozialverträglichkeit, sondern eine Bankverträglichkeit. Wenn die Banken davon profitieren, können sich die Banken darüber freuen, und wenn Einzelne, so wie auch ich, auf die Banken angewiesen sind, dann ist das eine letzte Möglichkeit, finanziell über die Runden zu kommen. Gesamtgesellschaftlich ist das eine Umverteilung von Geld hin zu einer direkten Subventionierung des Bankwesens. Und wem gehören die Banken ...?

Was passiert, wenn Studiengebühren eingeführt werden? Wo sehen Sie unsere Gesellschaft in zehn bis 15 Jahren (vorausgesetzt, Studiengebühren können flächendeckend eingeführt werden)?

Also wenn man jetzt den Bologna-Prozess, die Bachelor- und Master-Strukturen und unsere Module anguckt – dann beobachtet man eine Standardisierung zu einem Ein-, Zwei- oder Drei-Klassensystem. Wir haben dann das, was früher in der Hauptschule, in der Realschule und im Gymnasium als allgemeines Bildungswesen bekannt ist, dann auch an den Hochschulen. Wir haben dann eine Hochschul-Hauptschule, die sozusagen die Aldi-Funktion hat, und damit haben wir auch schon in ökonomischer Hinsicht festgelegt, wer welche Aufgaben später übernehmen wird. Diejenigen, die angeblich weniger wichtige Aufgaben machen, bekommen weniger bezahlt, haben einen kürzeren Studiengang, als die, die sich's leisten können. Letztere kommen dann in die höhere Position, d.h., wir haben mindestens eine zweigeteilte Gesellschaft. Mindestens.

Wie würden Sie das System Hochschule beschreiben, wenn Sie es einer politischen „Grundrichtung“ zuordnen müssten?

Neoliberal. Wie in der herrschenden Ökonomie.

Um Studiengebühren zu verhindern ist jetzt in sechs Bundesländern ein Boykott geplant. Wie würden Sie die Boykottbereitschaft bei den Studierenden einschätzen? Ist die Bereitschaft dazu höher oder niedriger als zu ihrer Studienzzeit?

Die ist leider erheblich niedriger. Weil die gesellschaftliche Isolation – also, allein zu sein, sich durchboxen zu müssen – aktuell im Vordergrund steht und der Anteil derjenigen, die versuchen, Widerstand zu leisten und politisch gesamtheitlich, gesellschaftlich zu denken, geringer geworden ist. Die Zersplitte-

lung liegt innerhalb der Hochschulen an einer solidarfeindlichen Struktur – wir haben solidarfeindliche Räume, wir haben solidarfeindliche Prüfungsordnungen, wir haben solidarfeindliche Lehrveranstaltungen, eine Tendenz der Isolation und man trägt natürlich dazu bei, indem man versucht, sich der Situation anzupassen.

Glauben Sie, dass so ein bundesweiter Studiengebührenboykott Erfolg haben könnte?

Ein bundesweiter Studiengebührenboykott hätte sicherlich Auswirkungen – was immer das auch heißen mag. Ob man damit Studiengebühren abschaffen kann, oder zumindest eine Tendenz entsteht, über den eigenen Schatten zu springen, über den eigenen Tellerrand zu sehen und sich darüber auch Bündnisse herstellen lassen, die auch in Bezug auf andere Fragen Tragfähigkeit haben – das wäre abzuwarten.

Unsere Gesellschaft braucht nicht weniger, sondern deutlich mehr Akademikerinnen und Akademiker

Für offene Hochschulen ohne Studiengebühren

1. Die GEW Niedersachsen lehnt Studiengebühren jeder Art ab und tritt für die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ohne Wenn und Aber ein.

Studiengebühren schrecken insbesondere junge Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten, aber auch immer häufiger aus Mittelstandsfamilien, von der Aufnahme eines Studiums ab und führen zu einer Erhöhung der Abbruchquote.

Studiengebühren erhöhen den Druck schnell zu studieren, damit der Schuldenberg nicht ins Unendliche steigt. Wer deswegen zusätzlich arbeiten muss, gerät in einen Teufelskreis, weil man deswegen mehr Zeit für das Studium benötigt und dadurch auch länger oder so gar mehr Gebühren (Langzeitstudiengebühren) bezahlen muss.

Das Angebot, mit Studiendarlehen die Gebühren auf Pump zu bezahlen, ändert daran nichts: Junge Menschen, die Arbeitslosigkeit und finanzielle Engpässe aus der eigenen Familie kennen, schrecken davor zurück, sich durch ein Studium stark zu verschulden.

Die Studierfähigkeit ist mit Kreditwürdigkeit gleichgesetzt. So sind ausländische Studieninteressierte aus Nicht-EU-Staaten und Menschen, die älter als 31 Jahre sind, gesetzlich von der Kreditvergabe ausgeschlossen.

Verstärkt drängen viele Hochschulzugangsberechtigte in die berufliche Bildung. Die Leidtragenden von Studiengebühren sind damit verstärkt Haupt- und Realschülerinnen und -schüler, für die es schwieriger wird, einen Ausbildungsplatz zu finden.

2. Die GEW Niedersachsen unterstützt den Kampf von Studierenden und anderen

Welche Strategien oder Leitsätze sollten die Studierenden Ihrer Meinung nach im Kopf oder im Herzen tragen?

Das ist Sache der Studierenden. Da kann ich keine Rezepte geben.

Hand aufs Herz – angenommen, Sie würden noch studieren – würden Sie sich an einem Treuhänderboykott beteiligen?

Ja.

Hätten Sie studieren können, wenn es während ihrer Studienzzeit Studiengebühren gegeben hätte?

Ich hätte schwerlich studieren können. Ich hatte ja ein Stipendium und hab zusätzlich gearbeitet. Dann hätte ich wahrscheinlich noch mehr arbeiten müssen, deswegen auch länger für's Studium gebraucht. Ich glaube, mit Hängen und Würgen und entsprechendem Engagement hätte ich das schon hinge-

kriegt, aber dabei wäre ich sicherlich inhaltlich auf der Strecke geblieben.

Wird so etwas wie Demokratie an den Hochschulen durch das Bezahlstudium legitimiert?

Es gibt überhaupt keinen direkten Zusammenhang zwischen Bezahlwesen und Demokratie. Außer man geht davon aus, dass man für Demokratie bezahlen muss. Vielleicht stimmt das inzwischen ja sogar schon. Dann kriegen diejenigen, die mehr bezahlen, mehr Demokratie als diejenigen, die weniger bezahlen können. Und diejenigen, die Hartz IV bekommen, die bekommen eben weniger Demokratie. Pech gehabt? Nein, neoliberale Gerechtigkeit!

Kurt Bader ist Professor an der Uni Lüneburg, Fachbereich Sozialwesen. Er unterrichtet kritische Psychologie.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von „studiengebühren_boykott_2007“

ist die sofortige Abschaffung von Studiengebühren.

Insgesamt muss das Studienplatzangebot qualitativ und quantitativ so ausgestaltet werden, dass alle Hochschulzugangsberechtigten des Landes einen Studienplatz erhalten können. Damit wird die permanente Überlast in einer Vielzahl von Fachrichtungen und Studiengängen, d.h. vor allem die Unterausstattung, bezogen auf Personal, Räume und Sachmittel, die die Qualität von Lehre und Studium drückt, zu bekämpfen sein.

Die GEW Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass alle Studienberechtigten gerechte Zugangschancen zu den Hochschulen haben. Hierzu gehört auch der Ausbau sowie staatliche Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur für Studierende. So muss dringend das BAföG an die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Studierenden angepasst und darüber hinaus der Ausbau eines leistungsfähigen, einfachen, transparenten und verlässlichen Studienfinanzierungssystems in staatlicher Verantwortung gesichert werden.

Beschluss des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW vom 8. Januar 2007

Mitgliedern von Hochschulen und Gesellschaft gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren.

Für die GEW Niedersachsen stellt der Boykott von Studiengebühren ein wirksames und legitimes Mittel kollektiver Interessenvertretung dar, der die Chancen des Widerstandes erhöht, wenn viele Studierende für die Teilnahme gewonnen werden.

3. Die GEW Niedersachsen fordert die Landesregierung zur sofortigen Rücknahme dieser ungerechten Studiengebühren auf. Um die Chancengleichheit zu verbessern, müssen soziale Zugangsschwellen zur höheren Bildung abgebaut werden und die soziale Infrastruktur an den Hochschulen ausgebaut werden. Ein erster Schritt hierzu



Die GEW tritt ein für die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums.

Foto: imago